

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

93. Jahrgang.

Dienstag, den 11. Februar

1919.

№ 34

Die Nationalversammlung in Weimar.

3. Sitzung.

Weimar, 8. Febr. An dem Tisch der Reichsregierung und der Vertreter der Einzelregierungen: Eben, Landsberg, Wiesel, Dr. Preuß, Dr. von Krosigk, Erzberger, Schäffer, Strich u. a.

Präsident Dr. David eröffnet die Sitzung um 3.25 Uhr. Es ist eine Reihe weiterer Glückwunschsadressen und Telegramme an die Nationalversammlung eingelaufen. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands sendet unter dem Ausdruck ihres großen Bedauerns, nicht an der deutschen Nationalversammlung teilnehmen zu können, dem größten Deutschland ihre Glückwünsche. (Lebh. Beifall.) Die Angehörigen der republikanischen Soldatenwehr zu Lübeck, größtenteils alte Mannschaften, geben die Versicherung ab, daß sie mit dem Verhalten einiger Soldatenräte und mit sonstigen radikalen Strömungen nicht einverstanden sind, sondern treu zur Regierung stehen. (Beifall.) Der Vizepräsident und Soldatenrat entbietet der Nationalversammlung Glück und Glückwunsch und erwartet von ihr, daß sie sich des hart bedrückten Ostens annehme und der polnischen Flut einen Damm setzen werde. (Beifall.) Seinen Gruß entbietet der Besammlung Joseph Wetterhahn in Frankfurt a. M. (Stürmische Heiterkeit.)

Das Resultat der Wahl der Schriftführer wird bekannt gegeben. Gewählt sind: Fischer (Soz.) mit 384 Stimmen, Dr. Neumann-Hofer (Deutsche dem. P.) und Stöckert (Soz.) ebenfalls mit je 384 Stimmen, Dr. Pfeiffer (Z.) mit 382 Stimmen, Kempke (Deutschnat. Sp.) mit 382 Stimmen, Holz (Z.) mit 381 Stimmen, Raschewitz (Deutschnat. Sp.) mit 376 Stimmen und Frau Agnes (U.S.). Der Abg. Männer, gewählt im 25. Wahlkreis, hat das Mandat niedergelegt.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. 1. Beratung eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Staatssekretär Dr. Preuß: Die Schaffung einer Verfassung für das Reich liegt Ihnen ob! Der Versuch und die Vollmacht zur Schaffung dieser Verfassung liegt in der Souveränität der Nation, Deutschland wird eins sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter der Mitwirkung aller seiner Glieder. Wenn über manches Zweifel bestehen mag, die Forderung der Einheit ist die Forderung der ganzen Nation. Die Einheit will sie, die Einheit wird sie haben! Mit diesen Worten glich ein Heintich von Gagern die erste verfassunggebende Nationalversammlung des deutschen Volkes in der Paulskirche in Frankfurt, und wenn Sie, meine Damen und Herren, diese Worte wieder hören, so sollte ich nicht, Sie finden darin mit wunderbarer Wiederholung die Erscheinungen angedeutet, die Aufgaben, vor denen die verfassunggebende Nationalversammlung in Weimar steht. Damals nach einer langen Zeit des Friedens ein Aufsteigen des Volkes, ein wirtschaftlich aufstrebendes Volk, das diese ist war von dem Wunsch, sich das Ideal seines nationalen Zusammenlebens zu schaffen. Heute ein Volk nach schweren Kriegen, nach dem Verlust eines der blutigsten Kriege der Weltgeschichte, ein Volk aber, dem die Art, wie es an der Front und hinten im Lande diese schweren 4 Jahre durchgekämpft hat, das Recht gibt, auch nach dem Verlust dieses Krieges vertrauensvoll auf seine eigene Zukunft zu blicken, auch gestützt auf die Leistungen und die Tüchtigkeit des Volkes, an der Hoffnung festzuhalten, daß es nach diesem Sturz einen Aufstieg geben wird und geben muß, für den die Grundlage zu legen der hohe, heilige und schöne Beruf dieser Versammlung ist. (Lebh. Beifall.) Damals ist, wie man annahm, namentlich an dem Werk der Nationalversammlung in Frankfurt geknüpft. Dieser Widerstand ist durch die Revolution beseitigt; aber so leicht wird sich auch nach Beseitigung dieses Widerstands die Neuorganisation des Reichs nicht schaffen lassen. Damals war das Reich bloß ein Traum, ein Idealbild nationaler Einheit. Heute haben wir das Reich, haben es seit Jahrzehnten gehabt und es ist durch die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit nicht aufgelöst, nicht beseitigt, nur seine schwächliche Organisation ist zusammengebrochen und bedarf der Erneuerung. Es bedarf das, was durch die Revolution geschehen ist, nunmehr der rechtlichen Ordnung und Fundamentierung durch diese hohe Versammlung. Auch in den Wurzeln der letzten Vergangenheit bei allen Säulen und Zwischenfällen, die mit den revolutionären Zuständen untrennbar verbunden sind, ist im großen und ganzen der

ordnungsmäßige Gang der Geschäfte im Wesentlichen aufrecht erhalten worden, und ich glaube an dieser Stelle den Kräften des Beamtenstands, die sich ohne Rücksicht auf politische Überzeugung in den Dienst der Aufrechterhaltung der vaterländischen Ordnung und der vaterländischen Geschäfte gestellt hat, Anerkennung auszusprechen zu dürfen. (Beifall.) Ein großer und mächtiger Drang in unserem Volk geht nach stärkerer Vereinheitlichung. Will Deutschland nach allem, was geschehen ist, wieder aufsteigen unter den Nationen, so muß es auch mehr noch als bisher seine Einheit betonen und stärken (Sehr richtig). Aber der Organismus dazu liegt keineswegs bloß in den Dynastien; es ist vielmehr eine regenreiche und fruchtbare Eigenschaft unseres Volkes, daß es mit Herz und Seele an den Einrichtungen, an dem Leben enger Gemeinschaft hängt und solche engeren Gemeinschaften wachsen schon in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem festen Organismus zusammen, der den Selbsthaltungstrieb des Gemeinwesens zeitigt und an dem seine Kinder mit Liebe und Eifersucht hängen. Aber einfügen muß er sich in die Bedingungen der Stärke und der Größe unseres gesamten deutschen Vaterlandes. (Sehr richtig.) Sowohl es irgendwie möglich ist, soll jede Reformierung zu vermeiden versucht werden. Aus der Erkenntnis, daß das Werk zur Eile mahnt, ist der Entwurf der Festlegung einer vorläufigen Reichsgewalt hervorgegangen. Dieser Entwurf ist ein Kompromißentwurf. Die am meisten in die Augen springenden Punkte sind die Funktionen, die dieser Nationalversammlung den Namen gibt, die Verfassungsgebung und die Erledigung sofortiger dringender Geschäfte. Der § 1 des Entwurfs stellt diese beiden Tätigkeitsgebiete zusammen. Die Nationalversammlung ist als Vertreter des souveränen Volkes auch in ihrer Tätigkeit souverän, sie hat von sich aus mit niemand zu verhandeln, sondern hat zu beschließen, aber sie hat selbstverständlich das Recht und die Pflicht, zum Heile des Ganzen und zum schnellsten Zustandekommen des Gesetzes diese Souveränität selbst zu beschränken. (Sehr richtig.) Diese Selbstbeschränkung gilt aber nicht für das besondere Werk dieser Versammlung für die Verfassungsgebung. Nur ist einem dringenden Verlangen der Einzelstaaten entsprechend ein Staatenausschuß der Befugnis verliehen worden, zu dem Verfassungsentwurf vorher Stellung zu nehmen. Aber wie auch diese Stellungnahme ausfällt, es bleibt die Möglichkeit, daß der Verfassungsentwurf der Nationalversammlung zur Entscheidung unterbreitet wird. Ueber die Verfassung entscheidet die Nationalversammlung selbst endgültig, mit der einzigen Ausnahme des § 4, wonach der Rechtszustand der Einzelstaaten nur mit deren Zustimmung geändert werden kann.

Im übrigen steht der Entwurf an der Spitze des Reichs einen Reichspräsidenten vor. Auch hier ist, wie es die Zwecke des Entwurfs und seinen Charakter, bei dem eine vorläufige Organisation notwendig war, vermeiden worden, in die Einzelheiten der Zustände einzugreifen. Der Wunsch der weiteren Entwicklung geht sicher dahin, daß auf diesem Wege mit dem ganzen System der Verhältnisse aufgeräumt wird. Wir haben in diesem Entwurf über die innere Organisation des Reichsministeriums als solches auch keine näheren Bestimmungen getroffen. Nur in der Bestimmung der §§ 8 und 9 bezüglich der Verantwortlichkeit der Reichsminister gegenüber der Nationalversammlung liegt wenigstens die Andeutung einer Abweichung von dem bisherigen System, insofern die künftigen Reichsminister für ihre Ressortverwaltung jedenfalls unmittelbar der Nationalversammlung verantwortlich sein sollen und nicht mehr wie früher Gehilfen des Reichskanzlers. Aus dieser Tatsache schon wird sich die Notwendigkeit eines kollegialen Zusammenwirkens ergeben, die in der bisherigen Ordnung nicht mehr vorhanden war. Bestimmungen über das Kollegialsystem schon in diesem Notgesetz aufzunehmen, erschien nicht praktisch. Daß an der Spitze des Reichsministeriums ein Ministerpräsident stehen soll, darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Den altverehrten Namen für das leitende Amt, den Titel „Reichskanzler“ haben wir zunächst in diesem vorläufigen Entwurf nicht eingefügt. Sollte es der Wunsch der Nationalversammlung sein, etwas dergleichen jetzt schon einzuführen, so stehen prinzipielle Bedenken keineswegs entgegen. Eines aber darf man dem Entwurf zu gut halten: Er wird in keiner Weise die Wege versperren, die bei der definitiven Verfassung zu gehen sind.

Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, die große deutsche Republik zu gründen, und keine der Bestimmungen dieses vorläufigen Entwurfs steht den von der Nationalversammlung etwa zu billigenden organisierten Bestimmungen der definitiven Verfassung im Wege. Wie es bei einem

Kompromißentscheidungsfall nicht anders sein kann, wird das, was vorgeschlagen wird, zweiten Teiles nicht gefallen, den einen zu viel, den andern zu wenig geben. Aber die Hoffnung möchte ich aussprechen, daß der Gedanke, der diesem Kompromißentwurf zu Grunde liegt, durch Vereinbarung der Gedanken auf dem Wege des möglichst geringen Widerstands dem neuerschaffenen Deutschen Reich so schnell wie möglich die ersehnte Ruhe zu geben, auf allen Seiten dieser hohen Versammlung Anklang finden möge. Es wird das zugleich der erste und wichtigste nicht bedeutungslose Schritt zum Wideraufrüstung des deutschen Volkes sein. Gewiß, es müssen Wünsche der Parteien, es müssen Wünsche der einzelnen Landesteile, es müssen auch Wünsche der Reichsheit bei diesem vorläufigen Entwurf zurückgestellt werden; aber über allen diesen Wünschen steht, glaube ich, bei allen Teiles dieses hohen Hauses mehr noch als in den Tagen des Glücks in diesen Tagen des Ernstes, der Sorge und der Not die ganze Zukunft des Vaterlandes. Mehr noch als im Glück heißt es hier im Schmerz und Leid für uns alle: Deutschland über alles. (Beifall.)

Vizepräsident Haußmann: Wortmeldungen liegen nicht vor, die erste Beratung ist geschlossen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Montag, 10. Februar nachm. 3 Uhr mit der L. D.: Zweite Beratung des Entwurfs über die vorläufige Reichsgewalt. Schluß nach 4 Uhr.

Kaiser und Reich.

Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Schw. Merkur“: Immer wieder tauchen Gerüchte auf über die Auslieferung des Kaisers, um ihn vor einen internationalen Gerichtshof, genauer: vor einen Gerichtshof unserer Feinde, zu stellen. Anfanglich hieß es, die deutsche Regierung werde sich der Auslieferung nicht widersetzen, neuerdings verlautet, sie werde die Auslieferung verweigern unter dem Vorbehalt, den Kaiser vor ein deutsches Gericht zu stellen. Also doch vor ein Gericht! Warum denn dieses lächerliche Schauspiel der Selbstzerfleischung und Selbsterniedrigung, warum dieses Suchen nach einem Schuldigen, einem Pügelknaben, weil wir den Krieg verloren haben? Wenn wir gesiegt hätten, wer hätte dann daran gedacht, den Kaiser oder sonst jemanden, vor ein Gericht zu stellen? Wie sagte doch vor einiger Zeit der englische Minister Chamberlain: „Während der Zeit des Erfolges ist das deutsche Volk hinter seinem Kaiser gestanden, jetzt heute es wie ein Schaf und sagt: ich bin es ja nicht gewesen“. Gewiß kann man gegen die Verantwortlichkeit des Kaisers und sein Tun und Wesen manches sagen. Vieles erinnert bei ihm an Friedrich Wilhelm IV. Jedenfalls ist auf ihn das Wort zu: wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten. Aber eben darum darf man jetzt, nachdem er in so tragischer Weise von der höchsten Höhe herabgestürzt ist, nicht bloß den Schatten sehen. Ungerecht sollte man sich dem Sinne nach an das Sprichwort halten: De mortuis nil nisi bene, über die Toten nur Gutes. Was man gegen ihn zu sagen hatte, möchte man sagen, solange er noch Kaiser war, jetzt ist es Pflicht und Mühe es jedem Anständigen Herzenslage sein, die Lichtseiten des Kaisers hervorzuheben. Haben doch wir Deutschen für uns Gemüts- und Herzensbildung und ein stark entwickeltes Anstandsgefühl selber in besonderem Maße Anspruch genommen. Und jetzt müssen Fremde kommen und für den Kaiser zeugen, weil ihn seine Deutschen verlassen und verraten, will ihnen keine Feigheit, keine Gemeinheit und keine Schmach zu groß ist, wenn es gilt, sie auf den Kaiser zu werfen. Soen Herbin, der schwedische Forscher, hat es getan, ist in warmer herzlicher Weise für den Kaiser eingetreten. Dabei hat er an die Worte persönllicher Huldigung für den Kaiser erste Betrachtungen geknüpft.

Der demokratische Wind, der durch die Zeit weht — sagt er — duldet keine Höhen, sein Ziel ist, alles gleich zu machen. Deutschland muß deshalb von seiner hohen Hochstellung heruntergezogen werden. Sein Sturz war das wahre und einzige Ziel des Weltkrieges. Jetzt ist jenes Ziel erreicht. So glaubt man und macht die Augen zu vor der Weltmacht Großbritanniens und Amerikas, die enorm gewachsen ist. Man hat zur Zeit und Ungelt stets von der Austrottung des Militarismus gesprochen, gewiß nicht um seiner selbst willen, sondern man nahm ihn als einen Ausdruck für die Stärke Deutschlands. Denn einen Militarismus, wie ihn die angelsächsischen Mächte nach dem Krieg entwickelt haben, hat die Welt noch nicht gesehen. Die demokratische Richtung duldet keine starken, männlichen Persönlichkeiten. Kaiser Wilhelm

ung des Kom-
model den
werden kann,
Haushalt auf-

Sandjäger-
immungen zur
gewiesen. Es
ine unerlaubte
unmehre neben
für Schlacht-
verboden ist, ist
pferde handle,

Rang u. S.

1919.

te, Vater

ach

schlafen.
tag, den
ortal des
ft.

bach

n.

nächsten Tagen.

gen

tefabrik

ichten unter
situelle des

unde
rieg.

d West,

ien.

bei

g, Nagold.

ASSER

785

unmühtigen,
geschickten,
gen, schon
immer in
die Höhe,
a. N.

ucht

lib von

R. B.

S. ein u. i. W.

er Artikel.

Bürl / imberg

München

ngg. g.



war die letzte, wirklich große Herrschergehalt unserer Zeit, darum mußte er verschwinden. Ein Präsident, der nur auf 4 Jahre gewählt ist, machte seinen Abgang zur Bedingung für einen anständigen Frieden. Jetzt ist der Kaiser gegangen, und der Friede kommt. Es bleibt aber noch abzuwarten, ob die Friedensbedingungen auch wirklich anständig werden. Im Gegenteil, sie werden Deutschland lähmen, Deutschland, das 50 Jahre hindurch das Rückgrat und Hirn Europas war."

In der Tat, um das geht es, Deutschland soll gelähmt werden, damit die anderen freie Bahn haben. Und das arme, blinde deutsche Volk merkt es nicht und folgt den Wünschen und Weisungen seiner Feinde, indem es nicht nur sich zerschmettert, sondern dadurch, daß es seinen Kaiser besetzt, sich selbst vor der ganzen Welt entehrt. "Scham verloren, alles verloren", sagt der alte Schartenmeister einmal im "Auch einer".

Am Krieg soll der Kaiser schuld sein, so will es das feindliche Ausland und das deutsche Volk, voran ein deutscher Minister, freilich bolschewistisch der Prägung, bezieht sich, den Beweis zu erbringen, daß es so war. Das Ausland weiß genau, daß es nicht so ist, aber es will Deutschland nicht nur durch die Friedensbedingungen und den von ihm geleiteten Völkerbund in schwere wirtschaftliche und rechtliche Fesseln schlagen, sondern es will Deutschland auch entehrt sehen. Ein wirtschaftlich geschwächtes und rechtlich gestiftetes Volk wird dann erst ganz ohnmächtig, wenn es auch noch allgemein mißachtet ist. Dieses Ergebnis kann Deutschland nur selbst herbeiführen und es tut es nach dem Wunsch seiner Feinde.

Noch ein Jahr vor dem Krieg konnte nicht nur Deutschland, sondern kannte nicht nur Deutschland, sondern fast die ganze Welt, die Friedensliebe des deutschen Kaisers. Er feierte damals sein 25jähriges Regierungsjubiläum. Dazu ließen ihm 400 angehende Amerikaner durch den Friedensapostel Andrew Carnegie eine Adresse überreichen, in der es hieß, daß in keinem Punkte die Regierung Kaiser Wilhelms bemerkenswerter sei als in der Aufrechterhaltung des Friedens und daß die Unterzeichner es als ihre Pflicht erachteten, dieselbe ihre einstimmige Anerkennung auszusprechen. Und im Pariser Journal schrieb damals der radikale Abgeordnete Deloncle:

„Wilhelm II hat in den 25 Jahren seiner Regierung für sein Land ein monumentales Werk geschaffen. Er hat den Frieden zu wahren vermocht und für sein Reich kostbarere Ergebnisse erlangt, als die glorreichsten Siege vermocht hätten. In allen Ländern, in allen Weltteilen haben sich die Deutschen eine übertragende Stellung erworben. Dies ist nächst der Niederlage Frankreichs in erster Linie der großartigste Friede und noch mehr der großartigste wirtschaftlichen Politik des Kaisers zu danken. Niemals werden die Deutschen ihrem Kaiser ein Denkmal setzen können, das hoch genug wäre.“

Und heute? Ueberall blind: Haß und wildes Gekrächel aus böser Absicht und schlechtem Gewissen. Die Deutschen aber lassen sich führen und verführen und stimmen ein, hat den Spiegel der Wahrheit vor ihre Feinde und den Schild der Treue vor ihren Kaiser zu halten. Mit bitterem Wehgefühl denkt man den schönen Gesang von der deutschen Treue. Sollte Sven Hedin recht haben, wenn er den Untergang des deutschen Wesens fürchtet?

Die deutschen Heere haben 4 Jahre lang hindurch gefrügt — sagt er — und kein Feind hat die Grenzen Deutschlands betreten. Kein Stamm auf Erden, keine noch so große Nation war imstande, die Kraft Deutschlands zu brechen. Die Hüften der ganzen Menschheit haben sich gegen Deutschland verschlossen, aber es ist ihnen nicht gelungen, dieses mächtige Kaiserreich auf die Knie zu zwingen. Nur eine Macht war stark genug, die Widerstandskraft Deutschlands zu lähmen, und das war das deutsche Volk selbst. Darin liegt das Tragische in Deutschlands Schicksal, sein Zusammenbruch bedeutet den Untergang des germanischen Wesens."

Wie können und wollen daran immer noch nicht glauben. Ein Volk von 70 Millionen kann nicht untergehen" hört man in selbstgefälliger Weichlichkeit gegenwärtig häufig sagen. Doch, das kann es jetzt und muß es als Volk und Staat sogar, sobald es sich selbst aufgibt und verliert. Aber ein Volk allerdings, das sich selbst nicht aufgibt, kann dann nicht untergehen, wenn es innerlich noch gesund ist. Und es ist unmöglich, daß alle Gesundheit und Kraft, daß deutsche Lichthelligkeit, deutsche Sinnigkeit und — deutsche Treue verschwunden oder untergegangen sein sollen trotz der Falschereinigungen eines Gährungsprozesses, der, wenn die sauligen Stoffe erst ausgeschieden sind, zugleich die Bedingungen erhalten und schaffen kann für eine Erneuerung der alten Kraft und für ein Wiederaufblühen des deutschen Volkes. Dann wird auch das einst so mächtige Deutsche Reich erstarken und von neuem erstehen und die Kaiserherrlichkeit wird nicht wieder, wie fast ein Jahrhundert lang, wehmütiges Erinnerungsbild oder schmerzlicher Traumbild sein, sondern, ob nun ein Kaiser an der Spitze steht oder nicht, von neuem Wirklichkeit werden, denn der Kaiser, heiße er nun Wilhelm II., Wilhelm I. oder Barbarossa, war dem deutschen Volk wert und hehr, nicht in erster Linie wegen seiner Persönlichkeit, sondern als Stützpunkt und Verkörperung der deutschen Einheit, Kraft und Macht. Kommt es dazu, dann wird das deutsche Volk in der Erinnerung auch seinem letzten Kaiser gerecht werden und es wird wieder ohne Schamerzänen fragen dürfen:

Deutsche Frauen, deutsche Treue,
Deutscher Wein und deutscher Sang,
Sollen in der Welt behalten
Ihren alten guten Klang.

Die neue Spartakistenbewegung.

Die Meldungen der letzten Tage über das Besorgniserregende Verhalten der Spartakisten sind bekannt. Während die Kommunisten nach dem Tode Liebknechts ihre agitatorischen Versuche erheblich eingeschränkt hatten, treten sie jetzt wieder in aller Öffentlichkeit hervor. Hierzu gehört das Wiedererscheinen der Berliner „Rote Fahne“ seit dem 3. Februar, sowie die Tatsache, daß die Organisationen der Berliner Kommunisten am Abend des 31. Januar in Berlin überall Mitarbeiterversammlungen abhielten, in denen zu besonderer Alarmbereitschaft für die nächsten Wochen aufgefordert wurde. Angehörige des Roten Soldatenbundes erzählten offen auf der Straße, „in vierzehn Tagen würden die Dinge in Deutschland anders“ aussehen.

Tatsächlich scheinen die spartakistischen Bewegungen an den Küsten, im Ostpreußen, den Industriegebieten und besonders den thüringischen Südländern sämtlich einem großartigen Feldzugsplane zu entspringen, dessen Durchführung, wie es heißt, diesmal in den „bewährten“ Händen des Lehrgabes-Hoffmanns liegen soll. Angehörige dieser offensichtlich Gefahr eines zweiten Spartakausbruchs, der den ersten vor Monatsfrist an Schrecken und Terror weit in den Schatten stellen dürfte, werden die nächsten Tage schon beweisen müssen, ob die von der Regierung getroffenen Gegenmaßnahmen ausreichen; wie die Dinge liegen, und soweit wir über Einzelheiten unterrichtet sind, dürfte einige Zweifel hieran nicht unberechtigt sein. Das militärische Werbegeschäft verläuft zwar flott, aber es besteht nach Ansicht militärischer Kreise nicht die geringste Gewähr dafür, daß sich nicht auch spartakistische Elemente in die neu gebildeten Truppenteile drängen und dann die zuverlässigen Mannschaften anstecken.

Auch sonst ist die Stimmung in Berlin, wie überall im Reich, der Stille vor dem Sturme vergleichbar. Ueberall, wo Spartakus wüthet, rollt russisches Eisen, und besonders freigelegt wird es für die Bildung einer Roten Garde ausgeworfen, deren erste Aufgabe die Befreiung der öffentlichen Gebäude und der Verkehrs- und Telegraphenanstalten sein soll. Wenn es richtig ist, was uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, daß die Regierung im Besitz der spartakistischen Mobilisations- und Feldzugspläne ist, so würde die Verhütung eines neuen Bürgerkriegs immerhin möglich, vorausgesetzt, daß jetzt aber auch keine Zeit mehr verloren wird.

In diesem Zusammenhange ist auch zu berichten, daß die kürzlich von der Regierung veröffentlichte Warnung an die Eisenbahner, sich auf keine Streikbewegung einzulassen, darauf fußte, daß unter den deutschen Eisenbahnern eine Bewegung eingeleitet war, am 7. Februar in den Generalstreik einzutreten.

Tagebuenigkeiten.

Die Regierungsfrage.

Berlin. In der „Boschischen Zeitung“ heißt es: Die jüngeren Mitglieder der Deutsch-demokratischen Fraktion haben ihren grundsätzlichen Standpunkt durchgesetzt, daß erst der Ministerpräsident bestimmt wird und dieser sich dann seine Mitarbeiter in den Parteien wählen soll.

Weiter berichtet die „Bosch. Ztg.“: In dem Kampf um die Notverordnung scheinen die Vertreter der Einzelstaaten einen Sieg erfochten zu haben. Es handelt sich im wesentlichen um die Bestimmungen des § 4 des Entwurfs, dessen erster Absatz in der Vorlage lautet: „Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Es kann jedoch der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden.“ Wie aus den Fraktionsäußerungen verläßt, hätten sowohl die Rechtsparteien wie das Zentrum und die Deutsche demokratische Partei zum Teil, freilich nicht ohne lebhaften Widerspruch in ihren eigenen Reihen zu finden, den Verzicht auch auf den ersten Satz des § 4 beschließen. Ueber die Stellungnahme der soz.-dem. Fraktion siehe nach nichts fest, man nehme aber an, daß auch sie nachgeben werde, damit die verhältnismäßig glatte Verabschiedung der Gesamtvorlage ermöglicht werde.

Wegen Hochverrats verurteilt.

Berlin. Wegen Hochverrats und Mißtrauens gegen die bewaffnete Macht hatten sich, einem Privattelegramm des „Berliner Tageblatts“ aus Dromberg zufolge, vor dem Kriegsgericht des Belagerungszustandes 11 Polen zu verantworten, die in den Kämpfen bei Grinial und Hopfengarten gefangen genommen wurden. Sie wurden insgesamt zu 145 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten behaupteten, mit Gewalt für das polnische Heer angeworben und zum Kampf gegen die Deutschen gezwungen worden zu sein.

Greifmünde besetzt.

Berlin, 10. Febr. „Edmann's Telegraph. Büro“ meldet: Der Bohrturm von Greifmünde wurde gestern um Mitternacht ohne Widerstand besetzt. Um 7 Uhr früh rückten die Truppen ein. Mit ihnen zusammen arbeitete die 3. Marineartillerie und sperrte die Stadt gegen Norden ab. Von Bremen aus war das Minenjagdboot „M. 120“ abgefahren. Die Marinebrigade legte sich vor die große Kanalschleuse, um die Abfahrt der dort liegenden Minenboote zu verhindern. Es wurden von letzteren etwa 100 Mannschaften festgesetzt, später aber wieder entlassen. Es herrscht vollständige Ruhe.

Französische Uebergriffe.

Berlin, 9. Febr. WTB. Die feindlichen Besatzungsbehörden haben außer dem Inhaber der Firma Gebrüder Köchling in Diedenhofen auch den Prokuristen des Unternnehmens, Joseph Dreber, verhaftet und abgeführt. Die Verhaftung erfolgte am 2. Februar in seiner Wohnung in Bad Ems, das bekanntlich zum Birkenkopf Coblenz, also zum besetzten Gebiet gehört. Dreber soll, wie viele andere Personen, von den Alliierten wegen des Ankaufs von beschlagnahmten französischen und belgischen Maschinen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Angehörigen Drebers sind bis heute ohne Nachricht über seinen Aufenthalt und sein Ergehen. Da die Verhaftung dem Artikel 6 des Waffenstillstands widerspricht und außerdem im Widerspruch zu dem am 16. Januar in Lüttich abgebenen Erklärungen Fochs steht, hat die deutsche Waffenstillstandskommission seine sofortige Freilassung gefordert.

Teuerungszulage an Militärhinterbliebene.

Allen auf Grund der Militärversorgungsgesetze usw. zum Empfang von laufenden Versorgungsleistungen, laufenden Zuwendungen und laufenden Unterstützungen berechtigten Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen ist eine Teuerungszulage in Höhe von 50 s. H. dieser Bezüge gewährt worden.

Der Reichsfeldatenrat abgelehnt.

Berlin, 9. Febr. (WTB.) Der Volksbeauftragte Noske und Kriegsminister Reinhardt haben laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ den Antrag der Berliner Konferenz der Korpsfeldatenräte auf Bildung eines Reichsfeldatenrates abgelehnt.

Die Kriegsbeschädigten-Gärfrage.

Berlin, 8. Febr. WTB. Die Reichsregierung hat heute eine Verordnung erlassen über die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, wonach diese unter Mitwirkung der Einzelstaaten und der Selbstverwaltungskörperschaften vom Reich selbst unternommen wird. Dabei ist dem berechtigten Wunsche der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen in weitestem Umfange Rechnung getragen. In ihrer Hand liegt in entscheidendem Maße die Bestimmung, wie die Fürsorge geleitet und in welchem Grade die Fürsorgegelder verwendet werden sollen.

Die französische Presse.

Paris, 10. Febr. Die Eröffnung der deutschen Nationalversammlung wird erst von gewissen französischen Blättern besprochen. Der „Temp.“ weist auf den Gegensatz zwischen Weimar und Paris hin. Während man sich in Weimar versammelt, gestreue man sich in Paris. Die Lüge, die durch die Abreise Wilsons, Lloyd Georges und Orlando entstanden sei, werde alles um. Man müsse entschieden die Methode ändern oder aufhören zu arbeiten. Das heutige Deutschland sehe nicht wie das Frankreich von 1871 einem gebietenden und einzigen Gegner gegenüber. Die Weimarer Versammlung sei berufen worden, um der deutschen Regierung zu helfen, die nationale Einheit zu stärken, Wien zu annektieren und den Forderungen der Alliierten zu widersprechen. Das Blatt spricht ausführlich die Eröffnungsrede Ederts an und sagt: Mit welchem Tone verlangt Oberst den Wilsonfrieden. Mit welchem Tone sprach er von der Zukunft Deutschlands mit gleichen Rechten zum Völkerbund. Militärische Maßnahmen drängen sich mit unabwendbarer Notwendigkeit auf. Deutschland besteht weiter. Es muß auch die Pariser Konferenz weiter bestehen, aber die Periode der Untersuchungen muß endlich zurückgehen und es muß die Periode der Beschlüsse eintreten. — Auch „Paris Pressen“ bespricht die Rede Ederts und sagt, daß diese neue freche Haltung Deutschlands aufhören müsse, da die Entente militärisch der Herr sei. Das Blatt fordert neue militärische Operationen, die Befreiung von Essen und die Ziegung einer Grenzlinie im Osten, die von Hindenburgs Divisionen nicht überschritten werden dürfe. Die Besprovisionierung Deutschlands dürfe nur unter diesen Bedingungen fort dauern.

Graf Hertling und der Friedensschluß.

Berlin, 18. Februar. Der Sohn des verstorbenen Reichskanzlers Hertling, Kammerherr Graf Hertling, hatte in Zuschriften an mehrere Blätter sich gegen die Behauptung gewandt, die Oberste Heeresleitung habe unter der Kanzlerschaft des Grafen Hertling zweimal die Reichsregierung aufgefordert, Frieden zu schließen. Graf Hertling hatte erklärt, er sei über alle Besprechungen der Obersten Heeresleitung mit der Reichsleitung informiert und könne feststellen, daß weder im Mai noch in der ersten Hälfte des August an seinen Vater von der Obersten Heeresleitung die Aufforderung oder Mahnung ergangen sei, unter Verzicht auf irgend welche Kriegsziele an den Friedensschluß zu denken. Die „Tägliche Rundschau“ bezeichnet diese Behauptung des Kammerherrn Grafen Hertling als irrig. Er sei offenbar von seinem Vater doch nicht vollständig unterrichtet worden. Am 13. und 14. August hätten in Spa Verhandlungen stattgefunden unter Teilnahme der Obersten Heeresleitung, des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen, am zweiten Tag unter dem Vorsitz des Kaisers selbst. Es sei bei diesen Verhandlungen gefordert worden, daß Friedensangebote durch eine neutrale Macht gemacht werden sollen, wogu Holland aussprach wurde. Es wurde





Das Innere des Landesparlaments in Weimar, in dem die Nationalversammlung tagt.

verhindert, daß dieser Anzeigung Folge geleistet werden würde. Die Oberste Herrschaft habe auf die Schwere...

Bismarck's Erinnerungen.

Berlin, 8. Febr. Dieser Tage ging durch die Blätter die Nachricht, daß der vielberedete dritte Band von Bismarck's Gedanken und Erinnerungen...

Die bayerischen Sonderrechte.

Weimar, 8. Febr. Ueber die provisorische Rotterfassung haben in den letzten Tagen zahlreiche Beratungen innerhalb der Fraktionen und zwischen den Fraktionen stattgefunden.

Aus Stadt und Bezirk.

Kaffee und Tee. In bayerischen Blättern erhält die bayerische Lebensmittelstelle in München großes Lob, weil sie mit ihren Beständen an Kaffee, Tee usw. recht haushälterisch gewirtschaftet hat...

von Abelsbezeichnungen und Wappem, sowie die bloß zur Auszeichnung dienenden und mit einer ornithischen Stellung nicht in Zusammenhang stehenden Hühner und Wägen...

Wahlen der Vertrauensleute der württ. Verkehrsbeamten. Die Wahlen der örtlichen Vertrauensleute und für die Aufstellung der Bezirksvertrauensleute zu dem Beirat der württ. Verkehrsbeamten soll in der Zeit vom 10.—16. Februar 1919 je einschlüssig vorgenommen werden.

Der Marschzug. Die viel umstrittene Frage des Marschzugs ist für das württ. Armeekorps neu geregelt worden. Es kommen noch vorläufiger Berechnung nach ca. 100 000 Entlassungszugänge in Betracht; dabei sind ca. 50 000 Gefangene in Rechnung gestellt.

Ehbanken. Anlässlich der Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Herrn Fabrikant C. J. Schickhardt übermies derselbe auch im Namen seiner Familie neben Geschenken an seine Arbeiter, der Gemeinde Ehbanken für die Errichtung einer Kleinkinderschule 5000 Mark in Kreditschuld.

Aus dem übrigen Württemberg. r Calw. Der Zugführer Wiltreter erlitt im Dienst einen Schlaganfall, dem er wenige Stunden darauf erlag. r Herrenberg. Die 82 Jahre alte Barbara Kegerich von Altdorf wurde von der Drähtel eines Schilfens, dessen Flecht Scheute und die Horberstraße hinauszogte, so unglücklich getroffen, daß sie gleich tot liegen blieb.

Die deutsche Nationalversammlung hat gestern das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt angenommen. Der permanente Waffenstillstandskommission der Entente in Spa, welche bisher ausschließlich aus militärischen Fachleuten bestand, sollen auf Vorschlag Wilsons u. Beschluß des obersten Kriegsrates Historiker beigegeben werden.

Wie aus Weimar gemeldet wird, reist die Deutsche Waffenstillstandskommission heut von hier nach Triest. Römische Blätter besprechen eine bevorstehende neue Enzyklika des Papstes über den Böhmerbund, die große soziale und politische Bedeutung haben soll.

Wutwahl. Wetter am Mittwoch u. Donnerstag. Zeitweilig bedeckt, doch meist trocken und immer noch kalt. r Stuttgart. Eine widerwärtige Szene spielte sich zwischen gerichtsabekanntem Persönlichkeiten im Verhandlungssaal der Strafammer ab. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen die 23 Jahre alte Köchlerin Marie Thoni von Ruchentheim aus Tübingen, weil sie nach der An-

klage einem alten Mann in seiner Wohnung einen kleinen Geldbetrag entwendet haben soll, was die Angeklagte bestritt, ein Sach: Geringfügig beantragt. Plötzlich sprang sie von der Anklagebank auf und stürzte sich wie ein wildes Tier auf den als Zeuge anwesenden Mann, so daß die beiden nur mit Mühe auseinander gebracht werden konnten. Ein im Zuscherraum stehender Soldat, der zufällig keine Arbeit hatte nahm sogleich Partei für die Angeklagte und beschimpfte Gericht und Zeugen. Er wurde sofort von einem Fahndler auf Anordnung des Gerichts verhaftet. Die schlagfertige Thoni aber wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen, erhielt jedoch samt ihrem Teilsoldaten dem Soldaten, wegen Angehörigkeit je eine Haftstrafe von 3 Tagen zur Beruhigung des Gerichts.

Eingefandt.

In Antwort auf das gestrige Eingefandt: Öhrung bringt Klärung. Die Untersuchung ist eingeleitet, ein kräftiger Allgemein-Protest erhoben, doch ist die Sachlage klar, daß ein unmittelbares Verbot des Kommunalverbandes in diesem Falle nicht vorliegt. Wir nehmen über weitere Anregungen Wünsche und begründete Beschwerden der Bevölkerung jederzeit gerne entgegen.

Familiennachrichten.

Stadt Nagold. Geburten: 4. Jan. Paul Guber, Baurbeiter, 1 Sohn; 12. Jan. Karl Hald, Hauptlehrer, 1 Sohn; 13. Jan. Hugo Hren, Amtsger. Sekreär, 1 Tochter; 11. Jan. Gottfried Roth, Weidenwäcker, 1 Tochter; 18. Jan. Karl Kautler, Kutscher, 1 Sohn; 19. Jan. Gustav Mayer, 8 Jahre, 1 Tochter; 26. Jan. Eugen Schell, Landwirt, 1 Tochter; 25. Jan. Gustav Reich, Metzgermeister, 1 Tochter. Eheschließungen: 25. Jan. Friedrich Weidel, Schlosser von Herrenberg mit Luise Benz von hier. Sterbefälle: 7. Jan. Ertiede Badtler, Rektors Tochter, 10 Monate alt; 18. Jan. Johann Gottlieb Bug, Hafnermeister, 84 Jahre alt; 20. Jan. Ernst Bauer, Briefträger a. D., 73 Jahre alt; 27. Jan. Christian Großmann, Geschäftswahlhelfer, 71 Jahre alt; 28. Jan. Elise Meier, Wäscherin, 86 Jahre alt; 28. Jan. Rosine Geiger, Bierbrauer's Ehefrau, 73 Jahre alt. Im Felde gefallen: Hermann Müller, led. Schreiner, 23 Jahre alt.

Letzte Nachrichten.

Das Abkommen mit den alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Spa nach dreitägiger Verhandlung unterzeichnet worden. In München geht das Gerücht, daß Eisner in diesen Tagen zurücktreten will. Die deutsche Nationalversammlung hat gestern das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt angenommen. Der permanente Waffenstillstandskommission der Entente in Spa, welche bisher ausschließlich aus militärischen Fachleuten bestand, sollen auf Vorschlag Wilsons u. Beschluß des obersten Kriegsrates Historiker beigegeben werden. Wie aus Weimar gemeldet wird, reist die Deutsche Waffenstillstandskommission heut von hier nach Triest. Römische Blätter besprechen eine bevorstehende neue Enzyklika des Papstes über den Böhmerbund, die große soziale und politische Bedeutung haben soll.

Wutwahl. Wetter am Mittwoch u. Donnerstag. Zeitweilig bedeckt, doch meist trocken und immer noch kalt. r Stuttgart. Eine widerwärtige Szene spielte sich zwischen gerichtsabekanntem Persönlichkeiten im Verhandlungssaal der Strafammer ab. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen die 23 Jahre alte Köchlerin Marie Thoni von Ruchentheim aus Tübingen, weil sie nach der An-

klage einem alten Mann in seiner Wohnung einen kleinen Geldbetrag entwendet haben soll, was die Angeklagte bestritt, ein Sach: Geringfügig beantragt. Plötzlich sprang sie von der Anklagebank auf und stürzte sich wie ein wildes Tier auf den als Zeuge anwesenden Mann, so daß die beiden nur mit Mühe auseinander gebracht werden konnten. Ein im Zuscherraum stehender Soldat, der zufällig keine Arbeit hatte nahm sogleich Partei für die Angeklagte und beschimpfte Gericht und Zeugen. Er wurde sofort von einem Fahndler auf Anordnung des Gerichts verhaftet. Die schlagfertige Thoni aber wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen, erhielt jedoch samt ihrem Teilsoldaten dem Soldaten, wegen Angehörigkeit je eine Haftstrafe von 3 Tagen zur Beruhigung des Gerichts.

Eingefandt. In Antwort auf das gestrige Eingefandt: Öhrung bringt Klärung. Die Untersuchung ist eingeleitet, ein kräftiger Allgemein-Protest erhoben, doch ist die Sachlage klar, daß ein unmittelbares Verbot des Kommunalverbandes in diesem Falle nicht vorliegt. Wir nehmen über weitere Anregungen Wünsche und begründete Beschwerden der Bevölkerung jederzeit gerne entgegen. Der Arbeiter- und Soldatenrat Nagold. J. A.: Schumacher.

In Nr. 32 des Gesellschafters nimmt Herr Oberamtmann Müng Stellung zu den gegen den Kommunalverband gerichteten Angriffen. In den Landgemeinden des Bezirkes ist man mit Recht darüber ungehalten, daß bei der Verteilung der Lebensmittel die Versorgungsberechtigten der Stadt Nagold mit höheren Kopfmengen bedacht werden als die übrigen Gemeinuden. Das Stadtschultheißenamt Nagold schreibt am 7. Februar 1919 175 Gramm Käse auf den Kopf aus, anderwärts konnten 120 Gramm verteilt werden. In der Stadt Nagold konnte schon mehrmals eine Sonderzuweisung von mehr als einem Pfund Butter an die einzelnen Familien verabreicht werden, während die Versorgungsberechtigten der Landgemeinden mit 200—250 Gramm an eine Nagolder Käsestelle verwiesen wurden, wo sie meist dann erst nichts erhielten. Zur Überwachung der ordnungsmäßigen Lebensmittelverteilung könnte wie in anderen Bezirken ein ehrenamtlich tätiger Ausschuss bestellt werden, dem je ein Versorgungsberechtigter der Gemeinde Nagold, Altenfels, Widdberg, Halterbach, Eichenhausen und Stammersfeld angehören könnte und dem die Wohnung der Interessierten aller Versorgungsberechtigten des Bezirkes obliegen würde.

Füttert die hungernden Vögel. r Stuttgart. Eine widerwärtige Szene spielte sich zwischen gerichtsabekanntem Persönlichkeiten im Verhandlungssaal der Strafammer ab. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen die 23 Jahre alte Köchlerin Marie Thoni von Ruchentheim aus Tübingen, weil sie nach der An-



Verkauft

werden am 13. ds. Mts. von nachmittags 2 Uhr ab im Hause des Herrn Scherermeister a. Holzbeim „Pflug“ folgende Haushaltungsgegenstände:



2 Bettlatten, darunter 1 massiv eichene, mit Bettrost und 1 Nachtschrank, 1 Kinderbettlade, 1 hell eichener Kleiderschrank, gerichtet für Spiegeleinsatz, 1 neuer eichener Tisch, 1 Kommode mit Türen, 1 Küchenkasten und sonstiger Hausrat.

Heu-Schuppen-Verkauf.

Kommenden Donnerstag, den 13. Febr. bringe nachfolgende Schuppen zur Versteigerung und zwar: **Morgen 10 Uhr am Bahnhof Eutingen a. N. Hoch** 1 vor kurzem neu erstellten Schuppen a. Freiposten aus hart gefügt. Bauholz u. ca 700 qm Bretterbedachung 20/20 Meter groß u. 11 Meter hoch. **Mittags 3 Uhr am Bahnhof Oberndorf a. N.** ebenfalls neu erstellten 20/16 und 11 Meter hoch, Freiposten u. hart gef. Bauholz m. Falzziegeldach. Ergenzungen. **Ferdinand Baur, Kaufmann.**

Wand-Notiz-Kalender

mit Marktverzeichnis und Posttarif empfiehlt **G. W. ZAISER, Buchhandlg., Nagold.**

Am Sonntag abend ging vom Gasthof z. „Röhle“ bis zum Bahnhofsübergang d. Hattenwälderstraße eine schwarze Ledertasche verloren. Der rechtliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung im Gasthof zum „Röhle“ abzugeben.

Zwiebeln
la. Senf offen
Feinsten Weineisig
berg.
Ciolin

empfiehlt **Albert Raaf**
Bahnhofstr. 52.

Ebbhausen.
Eine gute
Milch-
Ruh
verkauft
Christian Rauser.



Vorrätig bei
G. W. Zaiser,
Buchhdlg. Nagold.



Reis-Verkauf.

Forstamt Nagold.
Am Donnerstag den 13. Februar 12 1/2 Uhr in Rohrdorf, Adler aus Staatswald Härle und Stansfen 49 Lose mit 4300 St. gebund. Nadelholzweilen.

Ev. Jünglingsverein Nagold.

Heute, Dienstag, abends 8 Uhr

Zusammenkunft zum erstenmal wieder im Vereinslokal.
Sämtliche Mitglieder werden hierzu zwecks wichtiger Besprechung erbeten.
Der Ausschuss.

Identisch u. ausweislich nicht unter 18 Jahre alt

Mädchen

für Haus- und Gartenarbeit auf 1. März in dauernde Stellung gesucht.

Frau Seifenfabr. Harr,
Nagold, Leonhardtstr.

Halterbach.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns Verwandte, Freunde und Bekannte auf **Samstag, den 15. Februar 1919** in das Gasthaus zur „Sonne“ in Halterbach freundlichst einzuladen.

Hr. Denger Schmiedemeister
Sohn des Mich. Denger
Schmiedemeister.
Marie Schuler Tochter des
Georg Schuler
Kübler.

Kirchgang 11 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Esfringen-Rotfelden.

Statt Karlen.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns Verwandte, Freunde und Bekannte auf **Donnerstag den 13. Februar 1919** in das Gasthaus z. „Pflug“ in Esfringen freundlichst einzuladen.

Hans Herz Pflege Sohn des
Georg Wurster, Bauer
in Rotfelden.
Maria Herz geb. Schmid
Tochter des Karl Schmid
Gipser in Esfringen.

Kirchgang 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Gersters Nähmaschinen

für alle Zwecke sowie für Handwerker kaufen Sie heute noch vorteilhaft. Aufpassen erbeten an **Stefan Gerster, Kallingen.** Vertreter gesucht.

Gesangbücher

empfiehlt **G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.**

Brautpaar

erbittet Offerte in

Wohnungseinrichtungen,

(Schlafzimmer [hell eiche], Wohnzimmer, Herrenzimmer und Küche.)

Angebote an Frau Anna Kattzie, Stuttgart, Rathartenerstr. 27.

Nagold, 10. Februar 1919.



Danksagung.

für die liebevolle Teilnahme während des Krankseins und beim Heimgang unseres lieben Gatten, Vaters, Bruders, Schwagers, Schwiegervaters und Onkels

Julius Zaiser

Privatmann

für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, für die vielen Blumenspenden, sowie für den erhebenden Gesang des Liederkranzes sprechen wir hiemit unsern herzlichsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Rohrdorf, den 10. Febr. 1919.



Todes-Anzeige.

In tiefster Schmerz geben mit teilnehmenden Verwandten und Bekannten die Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwester

Christiane Bäuerle

geb. Schuler

im Alter von 63 Jahren nach langem, schwerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten:

der Gatte: **Jacob Bäuerle sen.,** Schreinerstr.

die Söhne: **Karl Bäuerle** mit Frau Anna geb. Pfeiler,
Christian Bäuerle mit Frau Mathilde geb. Schwilk,
Friedrich Bäuerle mit Frau: **Liese Müller.**

Beerdigung Mittwoch nachm. 1/2 Uhr.

Feldhausen, 10. Febr. 1919.



Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater und Großvater

Johann Georg Weimer

nach längerer Krankheit im Alter von 72 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

der Sohn:
Christian Weimer mit Familie.

Beerdigung Mittwoch nachmittags 1/2 Uhr.

Berliner Schreckenstage

Ein reich illustriertes Heft, 24 Seiten stark. Vorrätig bei **G. W. Zaiser, Buchhandlung Nagold.**